



Niederschrift

50. Plenarsitzung Gemeinderat
15. Mai 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 8 der Tagesordnung: Polderbau Bellenkopf/Rappenwört:

Punkt 8.1: Antrag des Landes Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, Landesbetrieb Gewässer, auf wasserrechtliche Planfeststellung für den Bau und Betrieb des Retentionsraums (Polder) "Bellenkopf/Rappenwört" mit zugehörigen Bauwerken, Nutzungen und Nebeneinrichtungen auf den Gemarkungen Rheinstetten (Landkreis Karlsruhe), Au am Rhein (Landkreis Rastatt) und Karlsruhe (Stadtkreis); Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum Vorhaben an das verfahrensführende Landratsamt Karlsruhe im Rahmen der NACHANHÖRUNG wegen verschiedener Antragsergänzungen und -anpassungen nach der 2. Trägeranhörung im Jahr 2015 und dem Erörterungstermin im November 2016

Vorlage: 2018/0261

dazu:

Minimierungs- und Vermeidungsgebot nach § 15 BNatSchG

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0324

Änderungsantrag: SPD

Vorlage: 2018/0329

Punkt 8.2: Polderbau Bellenkopf/Rappenwört - Hinterfragung der Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee

Antrag: CDU

Vorlage: 2018/0275

dazu:

Polderbau Bellenkopf/Rappenwört: Keine Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee

Änderungsantrag: KULT

Vorlage: 2018/0305

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0327

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt (*einschließlich der Änderung aus dem Antrag der CDU-Fraktion, Vorlage 2018/0275*)

Die Stadt Karlsruhe stimmt im Grundsatz dem Bau des Hochwasserrückhalteraumes Bel-lenkopf/Rappenwört zu.

Die Zustimmung der Stadt Karlsruhe ist an folgende Forderungen geknüpft:

- a) Abschluss eines Vertrages zwischen dem Vorhabenträger, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe, den Verkehrsbetrieben Karlsruhe (VBK) und den Stadtwerken Karlsruhe über den Bau, den Betrieb und die Finanzierung des Hochwasserrückhalteraumes und seiner Folgemaßnahmen vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses.
- b) Angemessene Berücksichtigung der aktuell und der bereits bisher vorgetragenen Einwendungen und Anregungen der Stadt Karlsruhe im Planfeststellungsverfahren.

Abstimmungsergebnis:

Änderungsantrag KULT (2018/0305): Bei 4 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Ergänzungsantrag GRÜNE (2018/0324), Ziffer 1: Bei 17 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Antrag CDU (2018/0275), Ziffer 2 b: Bei 33 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag SPD (2018/0329), Ziffer 2: Bei 34 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Ergänzungsantrag GRÜNE (2018/0324), Ziffer 3: Bei 11 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Antrag CDU (2018/0275), Ziffer 2 a: Bei 44 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt

Antrag CDU (2018/0275), Ziffer 3: Bei 22 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Ergänzungsantrag GRÜNE (2018/0324), Ziffer 2: Bei 13 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Ergänzungsantrag GRÜNE (2018/0324), Ziffer 4: Bei 18 Ja-Stimmen und 27 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Geänderte Beschlussvorlage (s. Antrag CDU Nr. 2018/0275): Bei 34 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit mit Naturschutzbeirat und im Planungsausschuss. Er ruft gleichzeitig die eingegangenen Änderungs- und Ergänzungsanträge auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Ich möchte für die Abstimmung nachher gerne darauf hinweisen, dass ich das dann thematisch abrufe. Ich rufe immer die Themen auf und nehme dann aus den einzelnen Anträ-

gen in abgestimmter Weise die verschiedenen Vorschläge dazu. Sonst kommen wir völlig durcheinander. Ich hoffe, dass Sie damit dann einverstanden sind. Ich fange beispielsweise mit der Hermann-Schneider-Allee an und werde dann aus den entsprechenden Anträgen jeweils die Position zu der Hermann-Schneider-Allee hintereinander aufrufen, vom weitestgehenden zum weniger weitestgehenden, so wie Sie das gewohnt sind.

Wir befinden uns bei diesem Projekt nach wie vor im Planfeststellungsverfahren beim Landratsamt Karlsruhe. Nach der Erörterung der Einwendungen im Jahr 2016 wurden ergänzende Untersuchungen erforderlich. Diese Unterlagen wurden in diesem Frühjahr zur Nachanhörung öffentlich ausgelegt. Die Ämter der Stadt Karlsruhe haben fristgerecht Stellung genommen, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Gemeinderat der Stadt Karlsruhe. Das ist der Anlass für die heutige Befassung. Wir äußern uns heute als Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zu diesen in der Nachanhörung noch einmal ergänzten und veränderten Unterlagen.

Unabhängig von der Nachanhörung hat der frühere Baubürgermeister der Stadt Rheinstetten, Herr Dr. Treiber, unter anderem vorgeschlagen, die ökologischen Flutungen bei 2.600 m³ pro Sekunde abzubrechen. Das soll seiner Meinung nach dazu führen, dass die Hermann-Schneider-Allee nur beim echten Hochwassereinsatz des Polders überflutet wird und nicht bereits an mehreren Tagen im Jahr bei ökologischen Flutungen. Da der Hochwassereinsatz durch andere Polder rheinaufwärts seltener werde, sei dann die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee nicht mehr erforderlich. Dieses Papier befindet sich nun in einer ganz aktuellen Diskussion zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Wir sind auch der Auffassung, dass das Regierungspräsidium als Vorhabenträger zu diesem Papier Stellung nehmen sollte und alle Möglichkeiten zur Verringerung von Aufwand oder Schaden ausschöpfen muss. Daher unterstützen wir als Verwaltung auch den Prüfauftrag von CDU, SPD und GRÜNEN, der sich auch in den Stellungnahmen der Ämter an verschiedenen Stellen findet.

In einem früheren Stadium der Planung hat der Vorhabenträger verschiedene Planungsszenarien vom Aueninstitut der Universität Karlsruhe auf ihre Umweltverträglichkeit prüfen lassen. Darunter befand sich auch ein Szenario, das den Abbruch der ökologischen Flutungen bei 2.800 m³ pro Sekunde vorsah. Das Gutachten kam im Jahr 2006 zu dem Ergebnis, dass dieses Szenario nicht umweltverträglich sei, zum einen weil ein Drittel des Polder-raums gar nicht von den ökologischen Flutungen betroffen wäre und zum anderen in den betroffenen Flächen die Fließgeschwindigkeiten teilweise so niedrig wären, dass durch Sauerstoffarmut und Hochwasserzonen weitere Schäden zu befürchten wären. Das Szenario wurde deshalb vom Vorhabenträger nicht weiter verfolgt. Wir sind von daher auch skeptisch, was den diesbezüglichen Vorschlag des „Treiber-Papiers“ betrifft, sind aber vor allem der Meinung, dass der Vorhabenträger sich hierzu noch dezidiert äußern muss.

Was die Spundwand rund um Rappenwört betrifft, so schützt sie die vorhandenen Gebäude und Einrichtungen nicht nur beim Hochwassereinsatz, sondern auch schon bei den ökologischen Flutungen, und zwar bereits bei den Mengen, die selbst das „Treiber-Papier“ vorsieht. Auch bei einem Abbruch der ökologischen Flutungen wären Teile des Geländes vor dem Bad oder bei den Vereinen überflutet. Die Höhe der Spundwand wird durch den Retentionsfall bestimmt. Eine planmäßige Überflutung der Gebäude auf Rappenwört im Fall des Hochwassereinsatzes sollte nicht in Kauf genommen werden. Der Verlauf der Spundwand führt zu einem eher großzügigen Schutz der Fläche vor dem Bad. Eine Wand,

die direkt vor dem Bad verlief, würde dem denkmalgeschützten Ensemble nicht gerecht, zumal die Eiswiesen vor dem Bad ebenfalls unter Denkmalschutz stehen und bei einem anderen Verlauf der Spundwand den ökologischen Flutungen ausgesetzt wären. Der Schutz des Bades und der Vereine könnte alternativ auch mit einem Damm verfolgt werden. Aber ein Damm braucht viel mehr Fläche als eine Wand. Bei einem Damm müsste wieder erheblich Wald gerodet werden, und auch der teilweise alte Baumbestand vor dem Bad würde einem solchen Damm zum Opfer fallen. Natürlich ist die Spundwand optisch kein Highlight. Es gibt aber ein Konzept zur Begrünung der Spundwand. Eine enge Abstimmung mit der Stadt ist auch vom Vorhabenträger vorgesehen.

Die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee halten wir grundsätzlich für sinnvoll, selbst für den Fall, dass die ökologischen Flutungen bei einer bestimmten Marke abgebrochen werden. Die Gründe sind in der Vorlage und in der Verwaltungsantwort auf die verschiedenen Änderungsanträge nochmals erläutert: Bessere Durchgängigkeit bei höheren Durchlässen, Sicherheit der Straßenbahnlinie, Ertüchtigung in jedem Fall notwendig, Schneisenwirkung bei überströmbarem Straßendamm, Zugänglichkeit auch für die Wasserwehr und andere.

Die Vorlage wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und des Naturschutzbeirates sowie im Planungsausschuss vorberaten - darauf möchte ich noch einmal ausdrücklich verweisen -, und nimmt eigentlich auch die Beschlusslage des Gemeinderats aus den letzten Jahren, die zum Teil noch vor meiner Amtszeit liegen, auf und ist von daher auch die logische Fortsetzung der bisherigen Beschlüsse.

Das als kleine Einleitung noch einmal zu diesem Thema.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die CDU will kein Gepolder um den Polder. Aber es muss auch klar sein, dass das, was bisher in sieben Jahren geplant wurde, von uns nicht in Frage gestellt wird. Wir wollen den geplanten gesteuerten Rückhalteraum. Wir wollen am System nichts ändern. Wenn jetzt unterschwellig in dieser Kaskade von Folgeanträgen nach unserem CDU-Antrag versucht wurde, vielleicht doch wieder zu dem ungesteuerten System zurückzukommen, sagen wir eine ganz klare Absage. Die CDU steht zu der Solidarität, die wir zu den Unterliegern haben und haben sollten. Die CDU hat nur Sorgen, die die betroffenen Bürger vor Ort geäußert haben, aufgegriffen. Da muss man natürlich ernst nehmen, was beispielsweise in diesem „Treiber-Papier“ steht. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Jeder Zentimeter, den wir uns bei dieser Hermann-Schneider-Allee sparen können, ist ein Gewinn für die Ökologie dort an Ort und Stelle und gegen den Eingriff in den Naturhaushalt. Wir haben deshalb am Ende eines langen Verfahrens Anspruch darauf erhoben, dass man klipp und klar auf Fragen Antwort erteilt. Ich glaube auch, wenn ich jetzt Ihre mündliche Erläuterung noch einmal richtig verstanden habe, dass die Verwaltung das in gleicher Weise sieht. Da geht es einmal darum, dass man die Frage klären muss – da ist die Antwort der Verwaltung auf unseren Änderungsantrag nicht ganz zutreffend -, ob die ökologischen Flutungen auch früher beendet werden können. Vielleicht so früh, dass man sich eine Höherlegung ersparen kann. Aber vielleicht auch früher als bisher beabsichtigt, so dass die Höherlegung nicht so hoch werden müsste, wie sie jetzt geplant wird. Es gibt da auch Zwischenwege. Dann kommt es natürlich in der Tat auf die Häufigkeit der Hochwasservorkommen an. Da hat Herr Dr. Treiber schon darauf hingewiesen, dass man einbeziehen

muss, welche Wirkungen und Segnungen bisherige Polder oberhalb von uns auf unser System haben könnten. Die Verwaltung hält dagegen an dieser Höherlegung fest, ohne eigentlich die Antwort auf unsere Fragen abzuwarten. Ich denke, das macht eigentlich keinen Sinn, mit Verlaub, Herr Oberbürgermeister.

Dann haben wir noch beantragt, um das kurz zu machen, dass man dort, wo der optische Eingriff ganz besonders unerträglich ist, changiert mit verschiedenen Möglichkeiten. Die Antwort des Regierungspräsidiums heißt: Wir begrünen um alles in der Welt. Wir sagen, an bestimmten Stellen wäre die Anschüttung auch zweckdienlich, weil man besser begrünen, weil man besser kaschieren kann, weil man das umweltverträglicher machen kann. Also auch hier bitte ich um einen sensiblen Umgang mit verschiedenen Möglichkeiten. Wir wollen nicht die gesamte Anschüttung der Spundwand, aber sensibel von Fall zu Fall entscheiden.

Dann zu den Anträgen. Offen gestanden, der erste Antrag der GRÜNEN, da hoffe ich, dass man merkt, dass es besser ist, die Antworten auf die Fragen abzuwarten, bevor man irgendeine rigorose Antragstellung hier vornimmt, zumal wir – also die Stadt – gar nicht der Umsetzende sein würden einer Veränderung der Hermann-Schneider-Allee. Also einfach einmal Tee trinken und abwarten, was das Regierungspräsidium antwortet. Bei den anderen Anträgen möchte ich jetzt meinen, auch GRÜNE und SPD sind im Grunde auf die Idee eingeschwenkt, dass wir diese wesentlichen Fragen in Ihrer Antwort einfach einmal abwarten sollten. Also meine ich, dass wir einen richtigen Anstoß gegeben haben. Die CDU will erreichen, dass, wenn es geht, diese Höherlegung vermieden wird. Aber wir wollen in jedem Fall klipp und klar Antwort darüber haben, warum sie auch nach den triftigen Einwendungen nicht vermieden werden kann.

Stadtrat Zeh (SPD): Die Polderdiskussion beschäftigt uns schon seit deutlich über 10 Jahren. Aber es ist natürlich auch ein erheblicher und nachhaltiger Eingriff in eine riesige Fläche. Es sind 510 ha, wenn ich jetzt das Gebiet, das in Rheinstetten noch mit betroffen ist, auch betrachte. Es ist deutlich mehr, als wir beim Flächennutzungsplan 2030 für Gewerbe und Wohnen bewegen wollen. Und natürlich: Wir stehen zum integrierten Rheinprogramm. Es hat natürlich schon deutlich Erfolge gezeigt. Wir haben hier auch Hochwasserlinien von vergangenen Hochwassern gesehen, wo man sieht, dass das Hochwasser den Rhein um ein paar Zentimeter niedriger gemacht hätte, als ohne die Polder oberhalb der Straße.

Wir wollen auch so viel wie möglich vermeiden und eine möglichst umweltschonende Geschichte erreichen. Wir sind hier in einer Nachanhörung. Die eigentliche Stellungnahme haben wir schon vor mehreren Jahren abgegeben. Die Änderungen, die zur Nachanhörung geführt haben, sind deutliche Verbesserungen, die wir alle begrüßen. Die Landschaft dort wird sich natürlich ganz erheblich verändern. Es wird mehr Auenwald entstehen. Aber wir müssen auch die Sicherheit in diesem Gebiet berücksichtigen und auch die Kosten, die Folgekosten sind. Deshalb müssen hier Verträge zwischen der Stadt und dem Land gefordert werden.

Die öffentliche Diskussion hat in den letzten Monaten das Papier von Herrn Treiber bestimmt. Allerdings, der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf hingewiesen, gibt es verschiedene Gründe, warum ein Abbruch bei 2.600 m³, 2.700 m³ nicht möglich, nicht sinnvoll ist. Es wird auch von allen Umweltverbänden, wie wir im Umweltausschuss gehört ha-

ben, deutlich abgelehnt, weil hier einfach keine wichtige ökologische Natur in diesem Bereich entsteht. Auch die Staumasse ist hier nicht berücksichtigt. Sie ist deutlich geringer. Wenn wir das integrierte Rheinprogramm nicht verwirklichen, dann kommt es auch nicht aus den jetzt 10- bis 20jährigen Hochwässern zu den etwa 80jährigen Hochwässern, was Herr Dr. Treiber hier berücksichtigt. Auch in dem Fall müsste die Hermann-Schneider-Allee, so wie sie heute besteht, verändert werden. Die ganze Aufschüttung ist nicht wassergerecht. Es müsste sowieso ein Neubau entstehen, der auch die Feldgehölze und ähnliches beseitigt. Es bringt nichts, dann eine Hermann-Schneider-Allee nur in der alten Höhe wieder zu bauen.

Aber – und das ist dann der erste Änderungsantrag gewesen -, es ist so, dass das Land die Stellungnahme zum „Treiber-Papier“ machen muss. Nicht wir als Stadt sind hier gefordert. Wir machen hier nur die Anhörung.

Gleich zum zweiten Punkt, welcher Schutzraum wird um das Rheinhafenbad gezogen. Hier das Thema „Parkplätze würden geschützt“. Das kann ich jetzt nur als populistische Verallgemeinerung sagen. In Wirklichkeit wird der Stauraum großzügig umfasst, auch so, dass er teilweise nicht sichtbar ist, weil er im Wald ist. Es werden Bäume geschont. Eine Spundwand direkt vor der Gastronomie bei Rappenwört draußen, das wäre auch eine Katastrophe, wenn man die Gastronomie und Rappenwört nicht mehr sehen würde. Deshalb ist die Ziehung der Linie sicherlich richtig. Es gibt auch keinen anderen Vorschlag, wie die Linie anders gezogen werden könnte, keine Planung.

Bei unserem zweiten Punkt, da kann ich nur sagen, dass die Verwaltung unseren Antrag wahrscheinlich erst heute Morgen bekommen hat. Wir fordern eine sichere Straßenbahnverbindung. Die Verwaltung will es ablehnen. Das passt eigentlich nicht. Wenn dem „Treiber-Papier“ nicht gefolgt wird, ist es dann die Höherlegung. Deshalb verstehe ich die Formulierung der Verwaltung nicht, die eine sichere Straßenbahnverbindung nach Rappenwört ablehnen will. Wir sehen keine andere Möglichkeit, als mit über 4.500 m³ Wasserabfluss den Polder anstauen. Wir wollen – das ist die Ablehnung des KULT-Antrags – die Hermann-Schneider nicht überflutet haben, sondern einen sicheren Damm, damit die Straßenbahnverbindung nicht gefährdet ist.

Der dritte Punkt aus unserem Ergänzungsantrag ist ähnlich dem der CDU. Diese Spundwand, die durch die Höhe der Hermann-Schneider-Allee gebunden ist, ist nicht hübsch anzusehen. Man sollte sie möglichst wenig sehen. Wir wollen sie so gestalten, dass man über Rangpflanzen oder ähnliches möglichst viel Eindruck erweckt. In dem Sinn haben wir die Änderungsanträge gestellt. Wir stehen nach wie vor zum integrierten Rheinprogramm und zum Polder und hoffen auch, dass die ganzen Anzeigen möglichst minimal werden.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir haben heute die dritte Beschlussvorlage zum Polder Rappenwört/Bellenkopf. Wir GRÜNE haben in der Tat aus gesamtökologischer Sicht ursprünglich eine Dammrückverlegung befürwortet. Wir bedauern heute noch, dass die Entwicklungspotentiale eines solchen ungesteuerten Polders mit der jetzigen Planung nicht wirklich umgesetzt werden können. Damit wurde die Chance einer echten Renaturierung, die eigentlich auch den Zielen des integrierten Rheinprogramms entspricht, vertan. Aber angesichts der Dringlichkeit des Hochwasserschutzes, verweigern wir uns nicht der jetzigen Planung, sondern stimmen im Grundsatz auch der Planung des jetzigen gesteuerten Polders zu. Entscheidend ist aber für uns GRÜNE, dass die Natur und die Artenvielfalt sowie

auch das historisch gewachsene Landschaftsbild, soweit es geht, vereinbar mit dem Hochwasserschutz erhalten bleiben. Aber wir sehen auch große Potentiale, wie die jetzt geplanten Eingriffe minimiert werden können. Das ist auch vorgeschrieben, dass soweit wie möglich die Auswirkungen auf Natur und Landschaft minimiert werden.

Dass Minimierungen auch möglich sind, sehen wir schon allein daran, dass nach der letzten Anhörung der Dammverlauf nachträglich modifiziert wurde und nun auch naturschutzfachlich bedeutsame Flächen beim Schutz berücksichtigt werden, z. B. rund 2 ha werden vermieden, die sonst beim Damm miteinbezogen gewesen wären. Beim Wald sind es auch 1,6 ha. Das zeigt, wenn man entsprechend – auch nachträglich – weitere Minimierungen verlangt, dass dann auch etwas passiert und dass deshalb auch weitere Minimierungen möglich sind.

Bei unserem Beschluss, der aus vier Teilen besteht, fordern wir vor allem, dass der Gemeinderat beschließt, dass die Hermann-Schneider-Allee nicht höher gelegt wird. Es kann uns nicht weisgemacht werden, dass es keine technische Lösung gibt, wenn man wirklich den Willen dazu hat. Den Willen sehen wir einfach beim Vorhabenträger, aber auch beim Gemeinderat, nicht gegeben. Wenn wir sagen, es soll geprüft werden, dann werden wir im Prinzip die gleiche Antwort erhalten, die wir bisher erhalten haben. Aber dann hat man sozusagen sein Gewissen in dem Bereich auch ein bisschen beruhigt. Deshalb sagen wir, nur Mut, wir können diesen Beschluss fassen. Es gibt die Möglichkeit, breite Durchgänge statt Röhren zu schaffen, den Damm zu sichern und auch das Gleisbett so weit zu sichern, dass weiterhin die Dammhöhe ausreichen wird.

Das Zweite ist die Einspundung des Parkplatzes. Auch hier sehen wir keine Notwendigkeit. Auch dadurch kann Landschaftsverbrauch minimiert werden. Ganz wichtig ist aber für uns GRÜNE, dass im Bereich des breiten Entwässerungsgrabens nur dort, wo die Kleingärten sind, der Entwässerungsgraben zum Schutz der Kleingärten gezogen wird, aber nicht in dem 700 m langen Verlauf durch den Wald. Denn hier wird der Wald soweit entwässert, dass die Chance, die auch die Forstwirtschaft sieht, dass sich dort ein wertvoller feuchtgebundener Eichenwald entwickeln kann, dann nicht gegeben wird. Auch das Umweltamt sagt ganz klar, dass in diesem Bereich eine ganz wichtige Minimierungsmaßnahme möglich ist.

Schließlich kommt noch dazu, dass wir auch wollen, dass eine schrittweise Flutung erfolgt, wenn bereits der äußere Dammverlauf erfolgt ist, und nicht erst, wenn das Bauwerk komplett beendet ist, ein Probestau bis zur $\frac{3}{4}$ Höhe des Vollstaus, weil das genau dann auch die Auenlandschaft gefährdet. Es müssen dann schon schrittweise die ökologischen Flutungen eingeleitet werden.

Aber jetzt noch einmal zu dem „Treiber-Papier“. Es wird in der Antwort gesagt, es sei geprüft worden und es hätte insbesondere für den Naturschutz und die Artenvielfalt negative Auswirkungen, wenn nur $\frac{3}{4}$ des Polders überflutet wird, Abbruch bei 2.600 m³ pro Sekunde. Allerdings muss man dazu sagen, hat Herr Dr. Treiber auch Bezug darauf genommen, dass z. B. in Altenheim schon ein Polder besteht, bei dem diese Praxis seit 1989 durchgeführt wird, 170 Flutungen. Die Auenlandschaft hat sich dort verbessert. Für Pflanzen und Tiere ist eine Besserung eingetreten. Deshalb sagen wir, es soll nicht nur eine Stellungnahme verlangt werden vom Regierungspräsidium bzw. vom Vorhabenträger, sondern wir legen Wert darauf, dass ein Gutachten erstellt wird, und das am besten extern. Denn wir

wissen, wenn eine Behörde das Gutachten selbst anregt, besteht durchaus die Gefahr, dass man betriebsblind ist und Alternativen nicht entsprechend gründlich prüft. Von daher bitten wir darum, dass eine gutachterliche Prüfung stattfindet.

Was aber unsere anderen Anträge anbelangt, Graben 3, ganz wichtig, und vor allem Hermann-Schneider-Allee, würden wir uns freuen, wenn heute der Gemeinderat mutig einen Entschluss treffen würde. Wir fordern Sie auf und bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Der Polderbau als Teil des integrierten Rheinprogramms hat zwei Ziele: die umweltverträgliche Wiederherstellung des Hochwasserschutzes am Oberrhein und ein Erhalten und naturnahes Wiederherstellen der Oberrheinauen. Die KULT-Fraktion teilt diese Ziele und ist grundsätzlich für den Polderbau. Diese Ziele sprechen gegen technische Maximaleingriffe in den Hochwasserrückhalteraum, wie die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee. Ebenso spricht der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Finanzen gegen die Höherlegung. Die KULT-Fraktion beantragt daher, dass sich die Stadt Karlsruhe beim Land dafür einsetzt, auf die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee zu verzichten. Dieses Anliegen entspricht auch dem Wunsch Natursuchender, vieler Daxlandener und der Karlsruher Bürgervereine. Wir gehen davon aus, dass im Retentionsfall über den Hochwasserdamm 25 die Zugänglichkeit zum Rheinpark möglich ist und die Straßenbahnverbindung auch ohne Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee genehmigungsfähig bleiben wird. Die Höherlegung ist nicht zwingend erforderlich. Die Höherlegung würde einen zweistelligen Millionenbetrag kosten und bedeutet einen massiven ökologischen Eingriff. Die Höherlegung bietet nur die Möglichkeit, dass das Rheinstrandbad auch bei Hochwasser geöffnet bleiben kann. Das allein rechtfertigt diesen Invest und diesen Eingriff nicht. Für alle anderen Anlieger genügt im Retentionsfall der Zugang über den Hochwasserdamm 25 vom Rheinhafen aus und von Rheinstetten her. Gegebenenfalls sind dann an der Hermann-Schneider-Allee andere Maßnahmen möglich, beispielsweise ein Schutz gegen Unterspülung. Aber das hat nicht diese Massivität, wie die Höherlegung um 2 m.

Im Sinne eines erfolgreichen integrierten Rheinprogramms und in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger bitte ich Sie daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Zum Abstimmungsverfahren: Wir sehen unseren Änderungsantrag als übereinstimmend mit der Ziffer 1 des GRÜNEN-Änderungsantrags und als weitergehender als die Ziffer 2 b des CDU-Antrags.

Stadtrat Höyem (FDP): Vielleicht sind wir überhaupt nicht so uneinig, wie es die vielen Anträge und die öffentliche Diskussion oberflächlich gesehen illustriert. Auch deshalb haben wir von der FDP keinen Antrag gestellt. Wir sind alle überein, dass der Polderbau sowohl einen internationalen als auch einen regionalen und lokalen Aspekt hat. Wir sind auch alle überein, dass Überflutungen oft zu menschlichen Tragödien führen und unglaublichen Schaden anrichten können.

Das integrierte Rheinprogramm ist für uns alle ein wichtiges Projekt, für das das Land zuständig ist und wo Deutschland und Frankreich eine vorbildliche Zusammenarbeit etabliert haben. Auch lokal haben wir jahrelang die notwendigen lokalen Elemente diskutiert. Dass im Laufe dieser vielen Jahre auch neue Argumente berücksichtigt werden müssen, vom

ehemaligen Baubürgermeister, Herrn Dr. Treiber, aber auch von vielen anderen, ist eigentlich selbstverständlich über so eine lange Periode. Hier ist ein Festhalten an alte Positionen nicht stur zu wiederholen, sondern muss wieder geprüft werden. Wir müssen die notwendige Sicherheit schaffen, mit so wenig Störung unserer Landschaft und unseres Verkehrs wie möglich. Wie viele ökologische Flutungen sind notwendig und ab wann? Müssen wir wirklich diese große und störende Spundwand akzeptieren? Muss es gerade dort sein, wo es geplant ist? Ist eine Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee unbedingt notwendig?

In dieser ganzen komplizierten Argumentation ist für uns in der FDP das Wort „Prüfung“ wichtig. Wir können dem KULT-Antrag nicht folgen, weil es schon festgelegt ist. Egal, wie das Ergebnis der Prüfung wird. Wir haben Sympathie für den SPD-Antrag. Aber in Punkt 3 wird die Konklusion eigentlich vor eine genauere Prüfung gestellt. Der Antrag der GRÜNEN ist eigentlich überflüssig, weil er sowohl im CDU-Antrag als auch in der Stellungnahme der Verwaltung beinhaltet ist. Die CDU hat ihre Meinung, seit wir das letzte Mal dieses Thema hier diskutiert haben, geändert. Das ist zu respektieren. Wir haben auch in der FDP eine flexiblere Haltung als früher. Die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee ist das wichtigste Konfliktthema. Diese Höherlegung ist nicht nur, wie oft gedacht wird, oder eigentlich überhaupt nicht, wegen des Verkehrs notwendig. Die Höherlegung ist als ein Teil des ganzen Poldersystems zu verstehen. Trotzdem verstehen wir nicht, warum die Verwaltung diesen kontroversen Teil des ganzen Poldersystems nicht noch einmal prüfen lassen will.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir haben hier einen klassischen Fall. Wir wollen maximalen Wasserschutz und minimale Auswirkungen. Wir wollen – da kann ich das Anliegen der KULT sehr gut nachvollziehen – in der Tat keine Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee. Mein Problem ist: Welchem Sachverständigen darf ich heute glauben? Ihr sagt es mit einer unglaublichen Sicherheit, dass es auf jeden Fall vermeidbar ist. Ich würde das so gerne auch sagen können, aber ich kann es nicht sagen. Ein Sachverständiger sagt das, der andere sagt jenes. Wenn wir 10 Sachverständige haben, haben wir 10 verschiedene Meinungen. Zumindest gibt es eine Verdichtung in einem bestimmten Bereich. Mir scheint es nicht so reif zu sein, dass man sagen kann, so oder so ist es.

Mit einer Prüfung, wie man die Auswirkungen minimieren kann, wäre ich sehr einverstanden. Mit der können wir sehr gut mitgehen. Das wäre für uns wichtig, sowohl von der Optik der Spundwände als auch von dieser Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee. Das wäre wichtig, dass wir das nach Möglichkeiten wirklich weg bekommen. Aber wenn es nicht anders möglich ist, müssen wir eben in den sauren Apfel beißen. Die Sachlage erfordert, dass wir einen Hochwasserschutz bieten. Wir müssen sagen, dass wir in Deutschland ganz weit zurückliegen. Frankreich speziell ist schon viel weiter.

Dann noch ein Aspekt: Wenn wir in Karlsruhe die Maßnahme treffen, treffen wir diese Maßnahme nicht für Karlsruhe, sondern vielleicht für Köln. Der Hochwasserschutz ist nicht für Karlsruhe. Nicht „Karlsruhe first“ sondern „Köln first“. Wir haben eine Funktion für andere Städte. Andere machen ihre Maßnahmen, damit wir etwas davon haben. Deshalb gelingt es nur gemeinsam. Wir dürfen das Projekt nicht minimieren, sondern wir müssen echt etwas tun.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die bisher auf dem Tisch liegende Lösung stellt letztendlich maximalen Hochwasserschutz dar, was sicher alle begrüßen - wir auch -, aber auf der anderen Seite auch eine maximale Änderung der bisherigen Natur der Landschaft, die bei uns

direkt betroffen ist. Wenn wir wirklich diese maximale Durchflutung haben wollen, wie sie bisher geplant ist, werden wir die maximale Änderung haben. Wir werden hohe Strömungsgeschwindigkeiten haben. Das Gesamtziel dieser Lösung ist, möglichst den gesamten Bereich des Polders zu durchfluten, d. h., alles wird vom Wasser überspült. Mal mehr, mal weniger. Maximale Änderung, sehr viel mehr Wasser mit allen Folgen, die das haben kann in den Rheinauen.

Davon betroffen sind vor allem die Bürger in Daxlanden. Dann ist es natürlich verständlich, dass die Bürger fragen, geht es nicht auch etwas kleiner. Kann man nicht einen Weg der Mitte und des Maßes finden? Für uns ist dieser Weg der Mitte und des Maßes, oder zumindest die Bitte um Prüfung dieses Weges der Mitte und des Maßes im CDU-Antrag am besten ausformuliert. Deswegen werden wir dem zustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich bin kein Fachmann. Ich habe keine Ahnung von Dammbau. Ich habe keine Ahnung von Rhein und Poldern usw. Ich gebe es zu. Ich bin ein Laie und versuchte mich als Laie diesem ganzen Thema seit vielen Jahren zu nähern.

1. Wir haben es gehört, wir haben Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden unterhalb Fließrichtung Karlsruhe.
2. Wir brauchen einen maximalen Hochwasserschutz. Es gibt leider keinen optimalen Hochwasserschutz. Wir wollen den minimalen Eingriff in die Ökologie, um die Rückgewinnung der Rheinauen zu haben.

In diesem Konfliktfeld, in dem wir stehen, muss ich die Entscheidung treffen, das in der Quadratur des Kreises hinzubekommen. Der Antrag der CDU ist ein Versuch - wir haben es gehört, auch vom Kollegen Høyem – der Prüfung, mit der uns Laien und den Bürgern klargemacht wird, warum dieser Polder wichtig ist. Wir haben den Antrag der GRÜNEN, der dahin geht, das Optimale für die Ökologie zu gewinnen. Deshalb werde ich es auch in dieser Reihenfolge hochstufen, mit dem Ziel, dass letztendlich das Optimale das Maximale für den Hochwasserschutz ist, in der Verantwortung der Bürger und zur Vermeidung von Schäden, dabei aber versuchen, den minimalsten Eingriff zu bekommen. Ob wir diesen Spagat heute schaffen, da bin ich gespannt.

Stadtrat Cramer (KULT): Es wurden fast von jedem Redner hier die Bürger vor Ort angesprochen, die Wünsche haben, die Sorgen haben und die sich nicht ausreichend informiert sehen. Wir wissen, dass die Daxlander nach Rheinstetten fahren, um dort Informationen zu bekommen, die sie bisher aus dem Rathaus Karlsruhe nicht bekommen haben. Wir hatten Sie gebeten, Herr Oberbürgermeister, dass Ihre Verwaltung in Daxlanden oder in der Nähe von Daxlanden eine Informationsveranstaltung macht, um die Fragen, die dort sind, zu beantworten und die Bürger auch ein Stück weit mitzunehmen. Ich wollte fragen, wollen Sie diesen Weg auch gehen, oder denken Sie, die Bürger sind ausreichend informiert?

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Kollege Cramer, das ist sehr wichtig mit der Information. Die lokalen Einwohner spielen eine wichtige Rolle. Aber wir sprechen hier über ein internationales großes Projekt, bei dem wir ein Teil sind. Deshalb muss man sagen, dass „not in my backyard“ nicht das stärkste Argument ist, das man hier anbringen kann.

Der Vorsitzende: Auf die vorletzte Frage: Ich habe den Eindruck gehabt, dass das Regierungspräsidium zur Informationsveranstaltung eingeladen hat, und dass das eine ausreichende Information ermöglicht hat. Insofern haben wir jetzt auf zusätzliche Veranstaltungen verzichtet. Wir sind aber auch nicht der Vorhabenträger und insofern auch nicht in erster Linie verantwortlich.

Zu den verschiedenen anderen Punkte wäre mir noch einmal wichtig festzuhalten, wir haben jetzt einen gesteuerten Polder. Ein gesteuerter Polder bringt Verantwortlichkeiten mit sich, die ich nicht dadurch lösen kann, dass ich sage, ich lasse ihn zwar steuern, aber in der Konsequenz tue ich so, als wäre er ungesteuert. Das wird nicht funktionieren. Ich kann mich gut erinnern, dass es ein ausdrücklicher Wunsch des Umweltministeriums Baden-Württemberg war, einen gesteuerten Polder zu machen. Ich bin damals auch angerufen worden, kurz bevor ich hier meinen Dienst angetreten habe nach der Wahl. Da bin ich ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen worden. Das Entscheidende ist, es war auch die Entscheidungsgrundlage hier im Gemeinderat. Ich bin auch sehr dankbar, dass jetzt hier nicht grundsätzlich alles noch einmal aufgeschnürt wurde. Aber das bringt es nun einmal mit sich.

Der gesteuerte Polder bringt die Chance mit sich, dass wir einen überwiegend nicht mehr Auenwald in einen Auenwald zurückverwandeln können. Jeder, der sagt, ich will hier einen möglichst großen Auenwald haben, aber gleichzeitig sagt, ich darf keine ökologischen Eingriffe machen, der widerspricht sich. Aus diesem Überflutungsgebiet, das wir dann gesteuert überfluten lassen können, einen Auenwald zu machen, ist ein massiver ökologischer Eingriff. Wir werden viele der Tierarten, die dort im Moment sind, weil es nicht überflutet ist, umsiedeln müssen, damit wir dann über die Überflutungsmöglichkeit wieder anderen Tier- und Pflanzenarten die Ansiedlung ermöglichen. Jeder, der so tut, als könnte er Auenwald herstellen, ohne ökologische Eingriffe zu machen, der widerspricht sich selbst. Das muss man nur wissen. Man sollte auch nicht den Bürgern erzählen, das eine können sie bekommen, aber ohne das andere zu haben.

Dann geht es darum, wollen wir auf Dauer die Erreichbarkeit des Rheinstrandbades und der entsprechenden anderen Vereine mit der Straßenbahn sicherstellen oder wollen wir es nicht sicherstellen. Da haben alle bisherigen Untersuchungen ergeben, dass es eigentlich nur mit einer Höherlegung dauerhaft sicherzustellen ist. Mir wird immer die Höherlegung nur mit dieser Straßenbahngeschichte begründet. Wenn Sie die entsprechenden Gutachten anschauen, die jetzt auch vorliegen in der Nachanhörung, dann wird dort auch von den Ökologen der entsprechenden Behörden deutlich gemacht, dass die Höherlegung auch wegen der Durchflutungsmöglichkeiten unter dem Damm die ökologisch beste Variante ist. Das kann ich auch nicht dadurch aufhebeln, indem ich einfach einmal beantrage, wir verzichten auf die Höherlegung und gewährleisten gleichzeitig die Durchströmung, wenn alle Ökologen und Fachleute sagen, das geht aber nicht. Das bitte ich dann auch aufzulösen. Entweder, wir verzichten auf die Höherlegung. Dann haben wir aber diese ökologische Durchflutung nicht. Oder wir legen hoch, dann haben wir sie. Aber man kann nicht den Leuten erzählen, dass die Durchflutung genauso gut funktioniert, wenn man nicht höherlegt, wenn zumindest die relevanten Fachleute darstellen, dass das zumindest von ihnen nicht glaubhaft mitgetragen werden kann.

Auf diese Widersprüche will ich hinweisen. Sie können die Grundlage einer weiteren Prüfung sein. Das ist klar. Dafür sind wir heute da. Ich glaube auch, dass es durchaus auch ein

hohes Interesse der Bürgerinnen und Bürger gibt, nicht nur aus Daxlanden, dass man diese Naherholungsgebiete auch erreichen kann. Wir tun immer so, als ginge es nur um ein oder zwei große Überflutungen im Jahr. Wir diskutieren gerade über das Vertragswerk mit dem Land, was wir brauchen, wenn wir in diese ganzen Dinge einsteigen. Da wird zugrunde gelegt, dass es durchaus zwischen 87 und 114 Tage im Jahr zu einer Überflutung kommt. Nicht in der Größenordnung, dass der Damm überspült wird, aber es gibt ganz viele Überflutungsszenarien. Die brauche ich auch. Es gibt viele Bereiche entlang des Rheins, da haben Sie einen ungesteuerten Polder. Sie haben vielleicht alle paar Jahr einmal eine große Überflutung. Da werden die Auenwälder sich auch nicht automatisch wieder ansiedeln. Sie brauchen da möglicherweise eine höhere Anzahl an gesteuerten Überflutungen, um das hinzubekommen.

Das noch einmal als ein paar Hinweise dazu. Jetzt gehen wir in die Abarbeitung der verschiedenen von Ihnen in den Anträgen aufgeworfenen Vorschläge. Ich würde Sie bitten, meinem Vorschlag zu folgen, dass wir uns immer die einzelnen Punkte herausnehmen und dann bei diesen Punkten entlang der Anträge arbeiten.

Ich schlage vor, dass wir mit der **Hermann-Schneider-Allee** beginnen. Da ist der weitestgehende Antrag der Antrag der KULT, die beantragt, auf die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee zu verzichten, unabhängig vom Ergebnis der Prüfung zur Vorgehensweise über ökologische Flutungen. KULT hat aber erklärt, dass es gleichbedeutend ist mit dem GRÜNEN-Antrag, Ziffer 1, die da heißt: „... wird aufgefordert, auf die Höherlegung zu verzichten unter gleichzeitiger Gewährleistung der Durchströmung und Durchgängigkeit.“ Dann kommt noch ein Satz: „Die Böschungen und das Gleisbett werden gegen Abschwemmung gesichert.“ Auch das geht übrigens auch nicht ohne Eingriff in die Ökologie an den Dämmen. Wenn Sie einverstanden wären, würde ich sowohl diese KULT-Formulierung als auch die Ziffer 1 der GRÜNEN gemeinsam aufrufen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich habe bescheidene Bedenken gegen die Vorgehensweise. Im Grunde wird jetzt insinuiert, dass die CDU generell eine Höherlegung unterstützt, wiewohl wir uns eigentlich erst entscheiden wollen, wenn wir die Antworten kennen. Das ist das Problem.

(Der Vorsitzende: Zur CDU komme ich gleich noch.)

Wenn wir jetzt ablehnen, dann meint die Öffentlichkeit...

Der Vorsitzende: Nein, wenn wir KULT und GRÜNE jetzt ablehnen, dann kommt als nächstes der CDU-Antrag, der auffordert zu prüfen, ob die Höherlegung erforderlich ist. Wenn Sie auch das ablehnen, dann ... wir arbeiten uns jetzt so an den einzelnen Punkten ab. Das Weitgehendste ist, dass wir von vornherein beschließen, wir wollen die Höherlegung nicht. Insofern ist es richtig.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Der Antrag der KULT-Fraktion und unser Antrag sind nicht identisch. Wir bestehen auch darauf, dass bei einem Verzicht auf die Höherlegung gleichzeitig durch die entsprechend breiten Durchlässe, wo die Straße teilweise auf Stelzen stehen muss, dann gebaut wird. Sonst lässt sich diese Durchströmung, die Durchlässigkeit nicht gewährleisten. Deshalb wollen wir eigentlich nicht dem Antrag zustimmen, der aus-

schließlich, ohne weitere Bedingungen, auf die Höherlegung verzichten will. Wie können wir das lösen?

Der Vorsitzende: Dass wir sie hintereinander zur Abstimmung stellen. Ich muss nur wissen, ob ich sie gemeinsam aufrufen darf oder nicht. Das war ein Vorschlag von KULT. Wenn Sie sagen als Antragsteller, das ist nicht dasselbe, dann rufen wir sie hintereinander auf. Das ist kein Thema. Dann müssen wir darüber nicht stundenlang diskutieren.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir beantragen, dass die Stadt sich beim Land dafür einsetzt, dass die Hermann-Schneider-Allee nicht höhergelegt wird. Wir gehen dann davon aus, dass das Land entsprechend bei der Prüfung Maßnahmen vornehmen würde, wenn es Bedenken hat mit der Durchströmung des Polders, dass dann eben eine entsprechende andere Maßnahme an der Hermann-Schneider-Allee vorgesehen wird, in geringerem Umfang. Von daher habe ich es so verstanden, dass die GRÜNEN solche Maßnahmen, die das Land dann aufnehmen würde, schon in ihren Antrag eingearbeitet hat. Wir müssen es quasi dem Land überlassen und sagen nur, wir als Stadt Karlsruhe wollen nicht die Höherlegung. Land, bitte berücksichtige es bei der weiteren Planung. Von daher waren wir der Auffassung, dass es im Wesentlichen mit den GRÜNEN identisch ist. Wir können es auch getrennt abstimmen.

Der Vorsitzende: Ich wäre wirklich dankbar, wenn wir uns einfach am Text orientieren. Im Text steht beim KULT-Antrag, die Stadtverwaltung beantragt, auf die Höherlegung zu verzichten, unabhängig vom Ergebnis der Prüfungen. Wenn Sie an diesem Antrag festhalten, dann sollten wir ihn jetzt so abstimmen. Ich bitte über diese Ziffer des KULT-Antrags um eine Entscheidung. – Das wird mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt die Ziffer 1 des GRÜNEN-Antrags, auf die Höherlegung zu verzichten unter gleichzeitiger Gewährleistung von Durchströmung und Durchgängigkeit für Tiere und Pflanzen. Die Böschungen und das Gleisbett werden gegen Abschwemmungen gesichert. Das steht jetzt zur Abstimmung. – Das ist auch eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommen wir zur Formulierung im CDU-Antrag. Der Vorhabenträger wird aufgefordert zu prüfen, ob die Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee erforderlich ist, insbesondere bei einem Abbruch der ökologischen Flutungen bei 2.600 m³ pro Sekunde und einer seltener Häufigkeit von Retentionsereignissen. Die Verwaltung empfiehlt, auch dies abzulehnen, weil wir zur Sicherstellung der Nahverkehrsversorgung auf alle Fälle die Höherlegung für erforderlich halten. Ich bitte jetzt um Ihr Votum zu dieser Ziffer 2 b des CDU-Antrags. – Damit ist die Formulierung aus dem CDU-Antrag angenommen. Damit wird nachher die Beschlussvorlage ergänzt.

Dann rufe ich auf die Ziffer 2 des SPD-Antrags. Das Land wird aufgefordert, für eine sichere Straßenbahnverbindung zu sorgen, die dem Personenbeförderungsgesetz und der Verordnung über Bau und Betrieb der Straßenbahn genügt. Da bitte ich um das Votum. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Jetzt kommen wir zur **Spundwand**. Ich hoffe, Sie können alle geistig noch folgen. Der Antrag der GRÜNEN geht am Weitesten in der Ziffer 3. Der Text sagt, der Vorhabenträger wird aufgefordert, den Parkplatz des Rheinstrandbads nicht in die Einspundung miteinzu beziehen. Das ist eine klare Forderung.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nur noch einmal zur Klarstellung. Das hieße aber dann, dass diese Spundwand – so wurde es uns im Planungsausschuss gesagt – direkt vor das Bad kommt.

Der Vorsitzende: Ja, logisch. Man muss es dann zwischen Haus und Parkplatz machen.

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommt die Ziffer 2 a des CDU-Antrags. Die Stadt beantragt gegenüber dem Vorhabenträger des geplanten Polders eine größtmögliche Reduktion der geplanten Spundwand um den Rheinpark Rappenwört. Da empfiehlt die Verwaltung, das so zu übernehmen, weil das natürlich auch in unserem gemeinsamen Interesse ist. – Dem wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Ziffer 3 des CDU-Antrags. Die Stadt beantragt gegenüber dem Vorhabenträger, die notwendige Spundwand, soweit sie von öffentlichen Wegen aus sichtbar ist, mit Erde anzuschütten, um eine bestmögliche Einbindung in das Landschaftsbild zu erhalten. Wir empfehlen Ihnen Ablehnung, weil das ein sehr weitreichender Auftrag ist. Aber das kann man natürlich unterschiedlich sehen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. – Das ist mehrheitlich angenommen.

Der SPD-Antrag, Ziffer 3, die Spundwände sind durch Aufschüttungen und Anpflanzungen so zu gestalten, dass das technische Bauwerk nicht sichtbar wird, können wir damit subsummieren. Dann hat sich das damit erledigt.

Wir kommen zum **Graben 3**. Da kommen wir zur Ziffer 2 des GRÜNEN-Antrags. Der Vorhabenträger wird aufgefordert, auf die Anlage des dammbegleitenden Grabens 3 im Wald zu verzichten. Frau Stadträtin Rastätter hat noch einmal ausgeführt, um welchen Abschnitt es geht. Wir kommen zur Abstimmung über diese Ziffer. – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 1 des SPD-Antrags, der sich mit dem „**Treiber-Papier**“ beschäftigt. Das Land wird aufgefordert, die Einwendungen von Herrn Treiber ausgiebig zu prüfen und entsprechende Konsequenzen aufzuzeigen, wenn Retentionsflutungen seltener notwendig wären. Da empfehlen wir ebenso Annahme wie bei der Ziffer 1 des CDU-Antrags, der auch dem GRÜNEN-Antrag ähnlich ist. Der Gemeinderat fordert das Land als Vorhabenträger, vertreten durch das Regierungspräsidium, auf, die von Herr Dr. Treiber vorgeschlagene Variante umfassend gutachterlich prüfen zu lassen. Das können wir automatisch mit aufnehmen. Wenn Sie einverstanden wären, nehmen wir diese beiden Formulierungen auf. Die stecken auch aus meiner Sicht in unserer Stellungnahme schon drin.

Wir kommen zum **Probestau**. Das ist der GRÜNE-Antrag, Ziffer 4. Der Vorhabenträger wird aufgefordert, ökologische Flutungen schrittweise vor dem Probestau einzuführen. Nach Errichtung des neuen Hochwasserdamms wird schrittweise mit Adaptionsflutungen begonnen, statt erst nach Errichtung aller Bauwerke einen Probestau in Höhe von mindestens 75 % des Vollstaus durchzuführen. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das wird mehrheitlich abgelehnt.

Damit sind wir aus meiner Sicht durch alle Antragsbestandteile durch. Wir kommen jetzt zur Beschlussvorlage der Verwaltung, die jeweils ergänzt wird – da müssen wir schauen, wie wir das formulieren – um noch einmal eine kritische Überprüfung der Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee, das mit der sicheren Straßenbahnverbindung zu sichern. Dann die größtmögliche Reduktion der Spundwand, die Anschüttung der Spundwand überall da, wo sie sichtbar ist, und die Aufforderung, das „Treiber-Papier“ ausgiebig zu prüfen und entsprechende Konsequenzen aufzuzeigen und auch gutachterlich die Variante überprüfen zu lassen. Das waren jetzt alle Punkte, die Sie jeweils bejaht hatten im Rahmen der Antragsbearbeitung.

Ergänzt um alle diese Punkte bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum für das so ergänzte Beschlusspapier der Stadtverwaltung. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Vielen Dank, auch für die konzentrierte Abarbeitung. Das ist wirklich ein hochkomplexes Thema, wo wir uns alle manchmal in etwas sumpfigen Themen beschäftigen, ohne dass ich „sumpfig“ negativ meine. Es ist nur ein unklarer Boden, auf dem man sich bewegt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
5. Juni 2018